

## Der Bundesrat macht mit der EU ernst – nun müssen die Befürworter der Bilateralen aufwachen

Die Regierung will mit der Europäischen Union noch in diesem Monat Verhandlungen aufnehmen. Wirtschaftliche Argumente allein werden allerdings nicht reichen, um ein neues Vertragspaket durchzubringen.



©Bild: Anthony Anex / Keystone

Jetzt gilt es definitiv ernst. Am Freitag hat der Bundesrat das Mandat für neue Verhandlungen mit der EU verabschiedet. Das Ziel: die Bilateralen zu stabilisieren und neue Binnenmarktverträge zu ermöglichen. Bundespräsidentin Viola Amherd (Mitte) will die Gespräche mit der EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen

bereits in zehn Tagen lancieren. Taktisch hat die Regierung dieses Mal einiges richtig gemacht.

Dank der innenpolitischen Konsultation sind die Knackpunkte vor der Aufnahme von Verhandlungen bekannt – und nicht erst nach dem Abschluss, wie es beim gescheiterten Rahmenvertrag der Fall war. Die Regierung strebt in sieben Bereichen Nachbesserungen an, von dem Strom und dem Bahnverkehr über die umstrittene Spesenregelung für entsandte Arbeiter bis zur Zuwanderung. Diese Präzisierungen sind für die Schweiz wichtig. Die Sondierungsgespräche sind zwar schon weit gediehen. Doch wenn es nichts mehr zu verhandeln gibt, können sich die Unterhändler die Reisen nach Brüssel gleich sparen.

Überraschend will die Regierung mit der EU auch über die bestehende Schutzklausel im Abkommen über die Personenfreizügigkeit sprechen. Natürlich wird die Europäische Union daran keine Freude haben. Aber die hohe Nettozuwanderung – im letzten Jahr betrug diese rund 100 000 Personen – wird den Neuanlauf belasten. Bern und Brüssel suchten bereits nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative im Jahr 2014 Wege, um die Klausel zu konkretisieren. Aber dann kam der Brexit dazwischen.

Die Gespräche führte damals auf der EU-Seite der Diplomat Richard Szostak, der nun auch die Verhandlungen leiten soll. Die Gelegenheit bietet sich, den Faden da aufzunehmen, wo Szostak ihn mit Mario Gattiker, dem früheren Schweizer Staatssekretär für Migration, liegen gelassen hat. Nach dem EU-Austritt Grossbritanniens gibt es keine Ausreden mehr, zumal Anfang Juni auch die Europawahlen vorbei sind.

Doch selbst wenn der Bundesrat mit der EU alle gewünschten Nachbesserungen erreicht, bleibt der innenpolitische Weg steinig. Der gewählte Paketansatz ermöglicht neue Verträge, führt beim Strom aber auch zu komplexen Fragen. Ob die Sozialpartner sich wie bei früheren bilateralen Abkommen auf eine Abfederung einigen können, ist fraglich. Zumindest setzt der Staatssekretär im Aussendepartement, Alexandre Fasel, in der schwierigen Debatte erste Akzente. Nach seinem Auftritt stellte sich die Fraktion der Mitte, deren Parteipräsident ein EU-Skeptiker ist, diese Woche überraschend klar hinter die Verhandlungen.

Vor allem aber lehnt nicht nur die SVP eine engere Anbindung an die EU aus prinzipiellen Gründen ab. Die Gegner machen frühzeitig mobil. Die Befürworter können mit ihren Narrativen nicht mithalten, wenn von ihnen überhaupt etwas zu hören ist. Natürlich ist es wichtig, den partiellen Zugang zum Binnenmarkt abzusichern. Die Schweiz leistet sich einen immer üppigeren Sozialstaat – und die Anspruchsmentalität wächst nicht nur bei Rentnern. Exportorientierte, innovative Branchen wie die Pharmaindustrie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Schweiz. Doch die letzten Jahre haben gezeigt, wie schwierig es geworden ist, allein mit wirtschaftlichen Argumenten Abstimmungen zu gewinnen.

Im Kern geht es beim neuen Vertragspaket um einen Grundsatzentscheid. Die Schweiz würde damit ihr Verhältnis zur wichtigsten Partnerin und zu ihren Nachbarn stabilisieren – in einer zunehmend instabilen Welt, wie Bundesrat Ignazio Cassis am Freitag treffend sagte.

Eine enge, aber nicht zu enge Beziehung zur EU bleibt der vielversprechendste Weg. Ein reines Freihandelsabkommen nach britischem Vorbild ist für ein Land, von dem 16

Kantone an die EU grenzen, keine Alternative. Auf den Status quo zu setzen, ist eine riskante Wette. Dieser wird von innen und aussen hinterfragt. Die SVP plant neue Initiativen, die bestehende Bilaterale ins Visier nehmen. Die EU ist daran, mit ihrer Politik der Erosion das Vertragswerk auszuhöhlen. In der Kombination steigt die Gefahr eines Scherbenhaufens.